

Kurzinformation für Unterhaltspflichtige

(Elternunterhalt im Falle eines Heimaufenthaltes)

aktualisiert zum 01.01.2015

Diese Angaben dienen ausschließlich einer **kurzen Information** der betroffenen Bürger/innen, um die vordringlichsten Fragen bezüglich der Unterhaltsverpflichtung zu beantworten und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Eine **Einzelfallbezogenen Rechtsberatung** ist darüber hinaus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Fachamtes aufgrund des Rechtsdienstleistungsgesetz **nicht möglich**. Diese bleibt als Teil des Systems der Rechtspflege den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten.

- Grundsätzlich sind **alle leiblichen Kinder** gesetzlich verpflichtet, ihren bedürftigen Eltern Unterhalt zu gewähren!

Gesetzliche Grundlagen §§ 1601 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
§ 94 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)

- Nach Heimaufnahme werden alle Unterhaltspflichtigen vom Amt für Soziales und Wohnen angeschrieben und zur Auskunft über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse verpflichtet. Die Pflicht zur Auskunftserteilung gilt auch für vorhandene Ehe-/(eingetragene) Lebens-Partner. Die Angaben sind durch entsprechende Belege nachzuweisen.

Gesetzliche Grundlagen § 1605 BGB / § 117 SGB XII

- **Kinder haften entsprechend** ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Gesetzliche Grundlagen §§ 1601 ff. BGB / §§ 82-90, 94 SGB XII

- Hat ein Unterhaltspflichtiger in der Ehe eine **Steuerklasse** gewählt, die sein Einkommen erheblich verringert, muss er damit rechnen, dass diese Verschiebung durch einen entsprechenden Abschlag korrigiert wird.

- Eine neben der gesetzlichen Rentenversicherung angelegte **zusätzliche Altersvorsorge** kann bis zur Höhe von 5% des Bruttoeinkommens anerkannt werden. Hierbei muss es sich um nachgewiesenen, tatsächlich erbrachte Leistungen handeln. Tilgungsraten von Haus- und Grundvermögen zählen als Altersvorsorge, ebenso Lebensversicherungen und/oder private Rentenversicherungen.

- Ein **angemessenes Hausgrundstück**, das vom Unterhaltspflichtigen selbst bewohnt wird, ist geschütztes Vermögen.

Gesetzliche Grundlage § 90 Abs. 2 Nr. 8 SGB XII

- Die Grundlage für die **Ermittlung der Leistungsfähigkeit** bilden die Selbstbehalte der „Düsseldorfer Tabelle“ (DT), welche auf Koordinierungsgesprächen von Richtern der Familiensenate der Oberlandesgerichte Köln, Düsseldorf und Hamm, sowie der Unterhaltskommission des Deutschen Familiengerichtstages e.V. beruhen.

Es gelten folgende **Selbstbehalte** (Mindestbeträge):

Unterhaltspflichtige/r:	1.800,00 Euro
incl. 480,00 Euro Warmmietanteil	

Ehe- bzw. eingetragener Lebenspartner:	1.440,00 Euro
incl. 380,00 Euro Warmmietanteil	

Für unterhaltsberechtignte Kinder werden einkommensabhängige Zuschläge nach der Düsseldorfer Tabelle (DT) berücksichtigt.

Bei Ehe-/ bzw. eingetragenen Lebenspartnern wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich beide prozentual zu ihrem Einkommen am **Familienunterhalt** beteiligen.

In Einzelfällen ist auch eine Unterhaltsforderung aus dem **Taschengeldanspruch** möglich.

herausgegeben von:

Stadt Duisburg
Der Oberbürgermeister
Amt für Soziales und Wohnen